



Presseinformation

Berlin, den 16. Mai 2023

Bürokratiewelle: Unternehmen müssen aktuell 20 Vorhaben mit Berichtspflichten umsetzen

Auf Familienunternehmen kommen Bürokratiebelastungen in neuer Dimension zu. Nach einer Aufstellung der Stiftung Familienunternehmen und Politik müssen Unternehmen aktuell 20 neue Gesetzesvorhaben und Richtlinien mit Prüf-, Berichts- und Offenlegungspflichten umsetzen. Mit zwölf Vorhaben kommt der Großteil aus Europa, acht stammen aus Deutschland. Aus Brüssel kommen beispielsweise die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), die rund 2000 Berichtspunkte umfasst, die EU-Regeln zur Entgelttransparenz und die EU-Lieferkettenrichtlinie. Auf nationaler Ebene droht den Betrieben ein Unternehmensanktionsrecht und das Gesetz zum Hinweisgeberschutz. „Familienunternehmen müssen gegenwärtig einen noch nie dagewesenen Aufwuchs an Bürokratielasten bewältigen“, sagte Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik. Die Regulierungswut führe zu immensen Kosten bei den Unternehmen. So berichtet ein großes Familienunternehmen, dass allein die Umsetzung des deutschen Lieferkettengesetzes zwei Millionen Euro kostet. Ein anderes Unternehmen hat weltweit 40.000 Lieferanten und muss diese erfassen. Das sei nicht mehr handhabbar.

„Die Familienunternehmen wünschen sich ein Europa, das wie andere Wirtschaftsblöcke seine wirtschaftlichen Chancen nutzt. Das passiert zu wenig“, sagte Kirchdörfer. Die Regulierung nimmt inflationsartig zu. Den Unternehmen entstünden hohe Kosten – und das häufig ohne praktischen Nutzen. Kirchdörfer kritisierte, dass sich gerade auf EU-Ebene die Anforderungen oft überlappten. Dies gelte etwa für die Regulierungen zur Nachhaltigkeit. Unternehmen müssten die Daten teils doppelt und dreifach melden. Allein die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Lieferkettenrichtlinie führten zu einer Monsterwelle an Bürokratie. „Damit schießt sich unser Standort weiter ins Abseits. Die Geduld der Unternehmen ist aufgebraucht.“

» Bürokratie: aktuelle Prüf-, Berichts- und Offenlegungspflichten

Die **Stiftung Familienunternehmen und Politik** unterstützt Familienunternehmen bei der politischen Interessenvertretung in vielfältiger Weise. Ihre Rahmenbedingungen unterliegen einem starken Wandel wie nie zuvor. Die Globalisierung, der Fachkräftemangel, die digitale Transformation, die Sicherheit von Personen und Unternehmen, die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sowie die politischen Rahmenbedingungen sind nur einige Herausforderungen.

Weitere Informationen:

Roland Pichler

Leiter Haus des Familienunternehmens

Stiftung Familienunternehmen und Politik
Pariser Platz 6A
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 22 60 529 15

Fax: +49 (0) 30 / 22 60 529 29

Mobil: +49 (0) 151 / 644 116 37

pichler@familienunternehmen-politik.de

www.familienunternehmen-politik.de